

## Es gilt das gesprochene Wort

28 Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin am 20.03.2024

### Antwort auf die mündliche Anfrage **Nr. 17** des Herrn von Boxberg

### **Das Straßenbahndepot und das Bezirksamt**

#### 1. Frage

In welcher Form hat das BA die BVV etwa durch Berichte aus der Verwaltung in den entsprechenden Ausschüssen über den am 22.01.2024 erfolgten „Aufakttermin“ mit dem Berliner Immobilienmanagement, der SenKultGZ, dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg und der SenInnSport zum Straßenbahndepot (siehe Antwort auf AGH Drucksache 19/18 081) in Bezug auf Vertreter\*innen des BA TS, Gesprächsverlauf und Gesprächsergebnisse informiert?

#### Antwort auf 1. Frage

Da die angesprochene Sitzung erst Ende Januar stattfand, eine Entscheidung auf Senatsebene final noch nicht getroffen wurde und eine belastbare Zeitplanung zur Instandsetzung und folgend Nachnutzung des ehemaligen Straßenbahndepots aktuell nicht vorliegt, ist eine Information der BVV durch das Bezirksamt bisher noch nicht erfolgt.

(Hinweis: Antwort gilt für den BaV des Stadtentwicklungsausschusses)

#### 2. Frage

Wie erklärt sich das Zustandekommen der Aussage in dieser Antwort zur oben zitierten Schriftlichen Anfrage: „Der Bezirk ist offen für beide Projekte, da vom Bezirk eine soziale und

kulturelle Nachnutzung des Standortes präferiert wird“, also wer seitens des BA hat bei dem Termin dem Senat gegenüber entsprechende Äußerungen gemacht?

## Antwort auf 2. Frage

Diese - dem Sinn nach sehr vereinfacht dargestellte - Aussage ist von dem Mitarbeiter des Bezirksamtes so nicht getroffen worden. Der entsprechende Mitarbeiter ist seit 2014 mit dem Projekt „Nachnutzung des ehemaligen Straßenbahndepots Belziger Straße“ betraut und kennt sehr genau die umfangreiche Bürgerbeteiligung, die in diesem Zusammenhang stattgefunden hat. Er hat daher auf die bisher abgestimmte Planung / Nachnutzung zwischen der BIM und dem Bezirk hingewiesen (grundsätzliche Nutzungsverteilung 2/3 Land SenKult - 1/3 Bezirk) und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass der Bezirk weiterhin von der zukünftigen Nutzung eines Hallenschiffs für soziale und kulturelle Nutzungen ausgeht. SenInn plant hingegen die komplette Nutzung des rund 15.000qm großen Grundstücks in den drei Hallenschiffen (plus Außenfläche) für ein Museum, um dort Polizei- und Feuerwehrfahrzeuge unterzubringen und auszustellen. Bei dieser Lösung wäre eine zukünftige bezirkliche (Mit-) Nutzung nicht mehr möglich.

Es wird an dieser Stelle deutlich darauf hingewiesen, dass der Mitarbeiter erst im Zuge des Januartermins von dieser neuen Nutzungsidee erfahren hat.

## 1. Nachfrage

Wie bewertet das BA die Aussage des Senates in der Beantwortung der o.g. Schriftlichen Anfrage: „Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport plant die gesamte Liegenschaft (drei Gebäudehallen) für die Umsetzung des Polizei- und Feuerwehrmuseums zu nutzen“ in Hinblick auf eine von der BVV in mehreren Beschlüssen geforderte (Teil-)Nutzung des Straßenbahndepots für bezirkliche Bedarfe?

## Antwort auf die 1. Nachfrage

Sicherlich kann auch ein Polizei- und Feuerwehrmuseum ein über die Bezirksgrenzen hinausgehender sozialstärkender Nutzungsanker im Kiez sein. Wie bereits ausgeführt, geht der Bezirk bis zur finalen Entscheidung auf Landesebene weiter davon aus, dass eine bezirkliche Nutzung in einem der drei Hallenschiffe möglich und sinnvoll ist. Das Bezirksamt ist bei dieser Entscheidung allerdings nur stiller Beobachter. Am Ende wird auf Landesebene entschieden, wer sich am Ende (SenInn vs. SenKult) durchsetzen kann.

## 2. Nachfrage

In welcher Form und mit welcher Intensität hat das BA bei dem Termin am 22.01.2024 auf die Beschlusslage der BVV hingewiesen?

### Antwort auf die 2. Nachfrage

Das Bezirksamt geht davon aus - und hat im Übrigen keinen Zweifel daran, dass der Mitarbeiter die Beschlusslage im Bezirk und insbesondere die Zielvorstellung einer zukünftigen Nachnutzung des ehemaligen Straßenbahndepots durch den Bezirk unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hat.

Die Darstellung durch den Mitarbeiter erfolgte durch mündlichen Vortrag während des Termins.

  
Bezirksstadträtin Eva Majewski